

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe.

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen und Sicherheit für deren Lehrbetriebe

Das Erfolgsprojekt „Lehre für Asylwerbende in Mangelberufen“ ist in Gefahr. Aktuell nehmen die negativen Asylentscheidungen auch für Menschen in Lehre zu. Es ist zu ersten Abschiebungen gekommen – direkt vom Lehrplatz. Auch im Burgenland beklagen Betriebe, dass ihnen durch die aktuelle restriktive Abschiebepolitik wertvolle Mitarbeiter verloren gehen, für die sie keinen Ersatz finden.

Dies sorgt für massive Verunsicherung nicht nur bei den betroffenen Lehrlingen, sondern auch bei den Betrieben. Schon das Eingehen eines Lehrvertrags stellt für Unternehmen ein Risiko dar, obwohl sie auf die Arbeitskraft des Lehrlings sowohl in der Ausbildung als auch danach im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses angewiesen wären. Die Gefahr, dass ein im Betrieb dringend benötigter Lehrling über Nacht abgeschoben wird, ist evident.

Daher ist die Bundesregierung aufgerufen, die Abschiebungen von Menschen in Lehre und Ausbildung auszusetzen und damit österreichischen Unternehmen zu ermöglichen, Asylwerbende als Lehrlinge auszubilden.

Eine der größten Chancen für die Integration ist die Eingliederung von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt. Eine Chance für die Betroffenen selbst, aber auch für die Unternehmen und unsere Gesellschaft. Die Lehre in Mangelberufen ist eine der wenigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Asylwerbende. Denn gerade im Bereich der Mangelberufe suchen Betriebe händeringend nach Arbeitskräften. Die Lehre für Asylwerbende ist hier eine riesige Chance, die uns nicht genommen werden darf. In Deutschland wurde bereits 2015 eine klare Lösung dieses Problems von Negativbescheiden für Asylwerbende in Lehre bzw. Ausbildung verwirklicht. Mit dem „3+2-Modell“ wird in Deutschland garantiert, dass es während der zumeist 3-jährigen Ausbildungszeit und der ersten beiden Arbeitsjahre aufgrund einer Duldung zu keiner Abschiebung kommt. Auch für den Fall einer späteren Rückreise in das Herkunftsland ist es ein langfristiges Interesse Österreichs, durch gut ausgebildete und in einer funktionierenden Demokratie sozialisierte Menschen den wirtschaftlichen und demokratischen Wiederaufbau in durch Krieg zerstörte Länder zu unterstützen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für Ausbildungssicherheit für Lehrlinge in Mangelberufen und die auszubildenden Unternehmen, welche ansonsten keine Lehrlinge hätten, einzusetzen. Es ist bei Lehrlingen, die sich im Asylverfahren befinden bzw. die ein temporäres Bleiberecht haben, darauf zu drängen, dass eine Lösung nach Vorbild des deutschen 3+2 Modells oder ähnliches zur Verhinderung der Abschiebung von Lehrlingen zu verwirklichen, um damit die Fachkräftezukunft des Wirtschaftsstandortes Österreich zu sichern.